Geschichtskonferenz zum Jahr 1933

Wie die Nazis die Lizenz zu Terror und Krieg bekamen

Eine VVN-BdA-Geschichtskonferenz wird am 28./29. Juni 2013 in der Berliner Humboldt-Universität stattfinden. Das Thema wird lauten: »Lizenz zum Terror – Das Jahr 1933, Vorgeschichte, Geschichte und Geschichtsbild«.

Auch achtzig Jahre danach bleibt das historische Datum des 30. Januar 1933 Ausgangspunkt des geschichtspolitischen Streits in Deutschland. Hier ist zunächst dem totalitarismustheoretischen Mythos entgegenzutreten, demzufolge eine mehr oder weniger funktionsfähige Demokratie unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre zwischen Extremisten von links und rechts zerrieben worden sei. Dem stellen wir die Frage nach den herrschenden Kräften der Weimarer Republik und ihren ökonomischen und politischen Interessen gegenüber. Welche Koalitionen, welche Optionen schienen ihnen zielführend?

Ursachen und Herkunft des Faschismus sind notwendige Bestandteile jeder Erinnerungsarbeit. Wir wollen mit unserer Konferenz in diese Debatte eingreifen: Das Gedenken an die Opfer muss mit der Erinnerung an die Täter verbunden sein. Das heißt: Benennung der Schuldigen und Nutznießer an der Errichtung der Nazi-Herrschaft in Deutschland und an der Entfesselung des Krieges. Wer stellte die Weichen?

Die Erforschung der „Wurzeln des Faschismus" muss auch nach den politischen und ideologischen Grundlagen der Massengefolgschaft faschistischer Herrschaft fragen. Wie konnte die »Volksgemeinschaft« zum Erfolgsmodell werden, das den ganzen Krieg überstand?

Und schließlich, welchen Beitrag haben die politischen Parteien zum Weg in den NS-Staat geleistet, welche Alternativen gab es, wer stand dafür ein, woran scheiterten sie?

Es soll eine Veranstaltung sein, auf der – auch kontrovers – über die Geschichtsbilder zum Jahr 1933 diskutiert wird.

Das Programm

Freitag, 28. Juni 2013
19.15 Uhr Eröffnung der Konferenz: Elfriede Brüning/ Heinrich Fink
19.30 – 20.30 Uhr Rassenkampf statt Klassenkampf. Ideologische und politische Grundlagen der Massengefolgschaft. Ref. Kurt Pätzold, Sven Fritz
20.30 – 21.30 Uhr Diskussion über die Thesen der Referate

Samstag 29. Juni 2013
9.15 – 10.45 Uhr Ein Führer wurde gesucht. Gesellschaftliche Kräfte für Hitler Ref. Otto Köhler, Hannes Heer
11.15 – 13.00 Uhr Eine Demokratie schafft sich ab - zur Rolle der bürgerlichen Parteien. Ref. Ludwig Elm, Alexander Bahar
14.15 – 16.15 Uhr Die Spaltung wurde erst im KZ überwunden. Niederlage und Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung. Ref. Klaus Kinner, Stephan Stracke
16.30 – 17.00 Uhr Schlussfolgerungen für die aktuellen Aufgaben der VVN-BdA Ref. Regina Girod, Cornelia Kerth

Siehe auch: http://www.dasjahr1933.de/geschichtskonferenz-28-29-juni-2013/

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Bundesvereinigung Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin Tel.: +49 (0)30-29784174, E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de
www.vvn-bda.de

Wieder ein bundesweiter Aktionstag der VVN-BdA

In Riesa geht es gegen die »Deutsche Stimme«

Ein bundesweiter Aktionstag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten wird sich am 8. Juni in Riesa gegen die »Deutsche Stimme« richten. Bekanntlich wird ja kräftig gerangelt um das NPD-Verbot. Was es nicht alles für Gründe geben soll, warum man den NPD-Nazis nicht das Wasser abgraben soll!?

Aber das Verfahren wird stattfinden und wir können in Riesa einen kräftigen öffentlichkeitswirksamen Beitrag dazu leisten.

Der »Deutsch Stimme Verlag« nimmt eine zentrale Stelle im Geflecht aus NPD und militanten Neonazis ein. Sein Sitz in Riesa birgt auch die Büros von Hollger Apfel (Parteichef) und Jürgen Gansel (Chefhetzer).

Wir warten nicht auf das NPD-Verbot, sondern werden unseren Protest auch vor der Haustür der NPD bekunden. Wir fordern: Keine Ruhe für Nazis und Rassisten – »Deutsche Stimme« zumachen – NPD-Verbot jetzt.

Auf einer **Kundgebung** auf den Rathausplatz werden am 8. Juni in Riesa reden: Kerstin Köditz (MdL DIE LINKE) und Cornelia Kerth (VVN-BdA)

Ab 20.00 Uhr wird es ein **Antifa-Konzert** geben.

Infopunkt und Ausstellung
»Neofaschismus in Deutschland« ab 10.00 Uhr ganztägig vor dem **Filmpalast »Capito«, Hauptstr. 72 a.**

Für den Aktionstag Riesa/Sachsen wird es Werbematerial zur Verbreitung im Netz in verschiedenen Formaten und Fassungen geben. Bitte wenden an Bundesbüro.

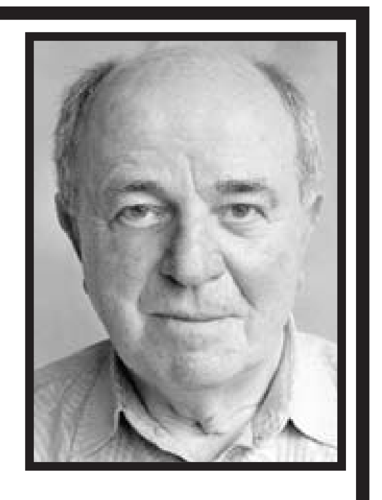
http://www.vvn-bda.de/aktionstag-gegen-die-deutsche-stimme/

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Bundesvereinigung Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin Tel.: +49 (0)30-29784174, E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de
www.vvn-bda.de



Für Gerd Deumlich



**Wir sind viele Wege miteinander gegangen.
Kurze und lange.
Wir möchten keinen Meter und keine Minute davon missen.
Und wir werden sie weitergehen.
Und an Dich denken.**

Wilhelm Schwettmann, Ulli Sander, Conny Kerth , Heinrich Fink, Thomas Willms, Traute Sander, Angela und Ernst Antoni und viele weitere

Ort und Tag der Trauerfeier für unseren 83jährig verstorbenen Gerd Deumlich, Chefredakteur der »Marxistischen Blätter«, Mitglied des VVN-BdA-Bundesausschusses und der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges: **10. Mai 2013 ab 12.30 Uhr, Trauerhalle des Essener Süd-West-Friedhofes, Fulerumer Straße.**

Im Sinne des Verstorbenen wird anstelle von Blumen um eine Spende für die »Marxistischen Blätter« (Konto 400 248 7502, GLS Bank, BLZ 430 609 67, Stichwort Deumlich) gebeten.

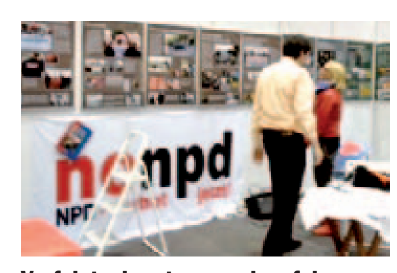
Petitionsausschuß lehnt die Entschädigung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte ab

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat sechs Jahre nach einer Eingabe des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte eine Entschädigung noch nicht entschädigter Opfergruppen mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Ein Antrag der SPD, wenigstens eine humanitäre Hilfe für die Überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen durch das Finanzministerium prüfen zu lassen wurde ebenso abgelehnt wie ein Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen und der Linken, die Petition dem Finanzministerium zur Erwägung zu überweisen und sie den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben.

Auch hier setzte die Mehrheit der Koalitionsfraktionen ihre ablehnende Haltung durch, die sich in allen Fragen der Entschädigung für die Überlebenden des Nazi-Terrors manifestiert. Eine weitere Petition des Bundesverbandes, die sich auf die bisher nicht erfolgte vollständige Nachzahlung der so genannten Ghettorente bezieht, wurde von dem zuständigen Ausschussdienst zunächst einmal nicht angenommen – Begründung: die Petition werde nicht den gewünschten Erfolg haben und sei damit aussichtslos. Wir bestehen auf der Befassung des Petitionsausschusses mit dieser Thematik und werden entsprechende Einwendungen vorbringen.

Dr. Jost Rebentisch
Holweider Str. 13-15
51065 Köln
Tel +49 (0)221 17 92 94 0,
Fax +49 (0)221 17 92 94 29



Verfolgtenberatung auch auf dem Kirchentag. *Foto: Christiane*

Nach dem Beschluß zu neuen Auschwitzprozessen

Ludwigsburg muss auch gegen die Wehrmachtsverbrecher vorgehen.

Zu den Ermittlungsergebnissen der Ludwigsburger Zentralstelle gab der Landesausschuss der VVN-BdA NRW diese Erklärung ab: Die geplanten 50 Gerichtsverfahren gegen KZ-Aufseher des Vernichtungslagers Auschwitz sind notwendig und gerechtfertigt. Sie kommen allerdings äußerst spät. Die Aktivitäten der Ludwigsburger Zentralstelle sind unterstützenswert. Aber sie sind nicht vollständig. Vor Gericht müssen endlich auch die Kriegsverbrecher aus der Wehrmacht.

Vor zehn Jahren hat unsere Vereinigung gemeinsam mit der Gruppe »Angreifbare Traditionspflege« Strafanzeige erstattet gegen 196 Täter aus der Wehrmacht, denen wir begründet vorwarfen, an Massakern in Griechenland und Italien beteiligt gewesen zu sein. Leider kam es nicht zu Verfahren; die zuständige Staatsanwaltschaft Stuttgart hat sie schlicht hintertrieben. Aber auch aus Ludwigsburg erhielten wir seit drei Jahren keinen Bescheid mehr. Einige Verurteilungen erfolgten in Italien, ohne dass Deutschland die Verbrecher auslieferte.

Bemerkenswert ist, dass sich aktive Bundeswehrangehörige und Reservisten sowie ihre Verbände für die Veteranen mit mörderischer Vergangenheit einsetzten. Sie forderten mit Blick auf die heutige deutsche Kriegsführung die Straffreiheit für die Verbrecher z. B. aus der Wehrmachts-Gebirgstruppe, denn: »Auch unsere Soldaten können heute noch in Situationen geraten, in denen sie aus Angst, Kurzschluß oder Wut überreagieren.« Die Bundeswehrsoldaten würden in diesem Fall sicher entlastet werden, schrieb Generalmajor a.D. Jürgen Reichardt weiter, aber sie sollten nicht fürchten müssen, nach Jahrzehnten noch vor Gericht gestellt zu werden. (aus: Gebirgstruppe 6/2008).

Reichardt, Präsident des Bayerischen Soldatenbundes, behielt leider recht. Oberst Georg Klein, Mörder von über 100 Zivilisten am Kunduz in Afghanistan im September 2009, blieb straffrei, und er wurde sogar zum Brigadegeneral befördert. In diesem Licht betrachtet, sind die 50 Verfahren gegen Auschwitz-Aufseher zu bewerten – als richtig, aber inkonsequent, weil spät und nicht umfassend. Vernichtungskrieger dürfen nicht straffrei bleiben. Die Zentrale Stelle in Ludwigsburg und die anderen zuständigen Staatsanwaltschaften sowie Justizministerien rufen wir zum weiteren Handeln auf. Wir erneuern unsere Auforderung, gegen die 196 genannten Personen zu ermitteln und gegen sie vor Gericht zu verhandeln.

Beschlossen vom Landesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten, Nordrheinwestfalen, Wuppertal, den 13. April 2013

Der Zug der Erinnerung startet erneut

Erinnerung an niederländische und Exiljuden

In diesem Jahr startet der Zug der Erinnerung mit einer neugestalteten Ausstellung.

Im Mittelpunkt stehen die Deportation und Ermordung der niederländischen Juden und der Exiljuden aus Deutschland und Österreich über das Lager Westerbork nach Sobibor und Auschwitz.

Der Zug der Erinnerung wird in diesem Jahr in Dortmund vom Nachmittag des 26. Mai bis zum Abend des 28. Mai 2013 auf dem Dortmunder Hauptbahnhof stehen.

Unter dem Titel »Die Kinder von Westerbork« werden exemplarisch Kinder- und Jugendschicksale vorgestellt. Darunter auch die Schicksale von Dortmunder Kindern und Jugendlichen. Von über 100.000 Menschen überlebten nur knapp 5.000 den Holocaust.

Der Jugendring Dortmund wird den Aufenthalt koordinieren und bittet um Unterstützung.

Informationen und Rückfragen über A. Roshol, Arbeitsstelle Zukunft braucht Erinnerung, Dortmund 0171-5283749, aroshol@web.de. Für ein angemessenes Gedenken benötigen wir erneut Unterstützung, schreibt der Jugendring. *-der*

Anmerkungen zum Bayerischen Verfassungsschutzbericht 2012

Unfähig zu ernsthaftem Umdenken

Seit vielen Monaten bringen die NSU-Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Länderebene Tag für Tag, Woche für Woche neue Erkenntnisse über das Ausmaß der Inkompetenz, Schlampigkeit und Sehschwäche deutscher Verfassungsschutzämter – auch des bayerischen – in Bezug auf die Beobachtung neofaschistischer und rechtsterroristischer Milieus ans Tageslicht.

Strategische Konzepte, die in diesem Bereich entwickelt wurden, waren schlicht unbekannt. So z. B. das Konzept des »führerlosen Widerstands« mit selbständigem Agieren in kleinen Gruppen bei der Durchführung rassistischer Terroranschläge. Obwohl in einschlägigen Dokumenten der Blood&Honour-Bewegung ausdrücklich der Verzicht auf Bekennerschreiben empfohlen wurde, gaben sich die bayerischen Ermittler ahnungslos: Ohne Bekennerschreiben gab es für sie keinen nazistischen Hintergrund.

Dreizehn Jahre lang konnte daher der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) unbehelligt morden und rauben, während die Opfer diffamiert und verdächtigt wurden, in ein angebliches »kriminelles Ausländermilieu«verwickelt zu sein. »Wie hätten wir darauf kommen sollen?« fragte vor dem Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags der Leitende Oberstaatsanwalt Walter Kimmel, der für die Ermittlungen zu den NSU-Morden in Nürnberg und München verantwortlich war. Was für eine Bankrott-Erklärung!

Von all dem will der bayerische Innenminister nichts wissen. Sein soeben erschienener Verfassungsschutzbericht 2012 macht erschreckend deutlich, wie unfähig Minister und Verfassungsschützer zu ernsthaftem Umdenken sind. Hauptaussage: Wir haben im Prinzip alles richtig gemacht, kleinere Defizite können durch Stärkung unseres Überwachungsapparates behoben werden.

Der Gipfel der Selbstgerechtigkeit ist erreicht, wenn es im Kapitel »Rechtsextremismus« heißt: »Rechtsterroristische Taten können - insbesondere wenn sie von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen begangen werden - zu keiner Zeit ausgeschlossen werden. Dies haben in jüngerer Zeit insbesondere die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds sowie auch die Breivik-Attentate in Norwegen im Jahr 2011 verdeutlicht.« Der Vergleich der NSU-Mordserie, deren Charakter über 13 Jahre nicht erkannt wurde, mit dem einmaligen Amoklauf des norwegischen Massenmörders Breivik ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Im Klartext bedeutet er: Wir konnten nichts dafür und werden derartige rassistisch motivierte Morde auch in Zukunft nicht verhindern können. Die verhängnisvolle Einzeltätertheorie wird bekräftigt, die Existenz organisierter rechtsterroristischer Strukturen wird weiterhin geleugnet, die Hintermänner bleiben unbehelligt.



Hier macht Schreddern Sinn: Aktion des Bündnisses gegen Naziterror und Rassismus vor dem Bayerischen Innenminsterium. Anlass war die Presse-Präsentation des neuen VS-Berichtes am Vortag der Großdemonstration zum NSU-Prozess.

Die Tatsache, dass auch im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2012 antifaschistische Organisationen, darunter die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, nach wie vor als verfassungsfeindlich diffamiert und dadurch in ihrer Tätigkeit behindert werden, ist die andere Seite derselben Medaille. Wir werden, wie in den Vorjahren, dagegen Klage einreichen.

Renate Hennecke, Landessprecherin der VVN-BdA Bayern

Drama »Weiße Rose« aufgeführt

Murnau gedenkt der Naziopfer

Mit mehreren Veranstaltungen wurde in Murnau am Staffelsee (Kreis Garmisch-Partenkirchen) der Ermordung der Weiße-Rose-Mitglieder Hans und Sophie Scholl sowie ihres Murnauer Kampfgefährten Christoph Probst vor 70 Jahren gedacht. Zu einer Gedenkkundgebung vor dem Rathaus hatten die Marktgemeinde, das Werdenfelser Bündnis gegen Rechtsextremismus, die Bürgerinitiative Murnau Miteinander und die beiden Kirchen gemeinsam aufgerufen.

Aber nicht allein der Ermordeten der Widerstandsgruppe wurde gedacht, sondern auch der 182 Menschen, die seit 1990 von Rechtsextremisten umgebracht wurden. Ihre Namen standen auf Tafeln die rund um die Kundgebung angebracht waren. »Die Gewalt hat seit dem Ende der Nazizeit nicht aufgehört«, so die Sprecherin des Werdenfelser Bündnisses Inga Grüttner.

Das Freie Theater Murnau führte viermal das Drama »Die Weiße Rose« von Lillian Garrett-Groag auf. Im Foyer des Kultur- und Tageszentrums, wo ein Bildnis von Christoph Probst an den Widerstandskämpfer erinnert, wurden in einer Ausstellung Flugblätter und Verhörprotokolle gezeigt.

Mit einer Vortragsreihe will die Kommune Murnau heuer ihre braune Vergangenheit und die Oberbayerns aufarbeiten. Zum ersten Vortrag über »Münchens Weg zur Hauptstadt der Bewegung« kamen 350 Besucher. Prof. Dr. Hans-Günter Hockerts ging dabei auch auf die Rolle von Murnauer Nazis wie Gottfried Feder und Max Dingler ein. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 hatten 41,4, im März 1933 gar 52,8 Prozent der Murnauer die NSDAP gewählt.

–ele-

Über Christoph Probst informiert neuerdings auch ein Flyer des Werdenfelser Bündnisses. Er beinhaltet unter anderem eine Biografie des Widerstandskämpfers, ein von ihm verfasstes Flugblatt und Buchempfehlungen. (Kontakt: Bündnissprecher Manfred Neupflege, Tel. +49170-4594707)

Auszeichnungen für die Kameraden Hugo und »Mano« Höllenreiner

»Einsatz für das Gemeinwohl«

Gleich zwei Kameraden der bayerischen VVN-BdA erhielten in diesem Frühjahr bedeutende Ehrungen, nicht zuletzt für ihr unermüdliches Wirken als Zeitzeugen: Hugo Höllenreiner wurde am 2. Mai in München mit dem Austrian Holocaust Memorial Award geehrt, einer wichtigen österreichischen Auszeichnung. Die Laudatio hielt in Vertretung von Oberbürgermeister Christian Ude die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch. »Ich kämpfe dafür, dass sich dieser grauenhafte Teil unserer Geschichte nicht mehr wiederholt und bin über diese Anerkennung mehr als überwältigt«, sagte Hugo Höllenreiner nach der Überreichung der Urkunde. Bereits am 26. Februar bekam, ebenfalls in München, Hermann Höllenreiner das Bundesverdienstkreuz überreicht.

Der heute 79jährige Hugo Höllenreiner wuchs mit seinen Eltern und fünf Geschwistern in München-Giesing auf. 1943 verfrachteten die Nazis die Sinti-Familie zusammen mit mehreren Onkeln und Tanten in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Neun Jahre alt war Hugo Höllenreiner damals, als er täglich ums Überleben kämpfen und medizinische Experimente des SS-Arztes Mengele über sich ergehen lassen musste. Hugo hatte Glück. Er überlebte zusammen mit Eltern und Geschwistern – aber 36 andere Mitglieder der Familie wurden ermordet. Hugo Höllenreiner lebt heute in Ingolstadt.



Hugo Höllenreiner

Hermann (»Mano«) Höllenreiner, damals ebenfalls ein Münchner, wurde wie sein Cousin Hugo 1943 nach Auschwitz deportiert, erlitt dort ähnliche Qualen, überstand die Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen und dann, ganz auf sich allein gestellt, einen Todesmarsch. Nach der Befreiung kam der völlig verwirrte und ängstliche Junge bei einer französischen Familie unter, die ihn liebevoll pflegte. Wie durch ein Wunder gelang 1946 die Rückkehr zu seiner Familie.

»Mano«, der heute mit seiner Frau Else in Mettenheim bei Mühldorf lebt, hat in den letzten Jahren in vielen Schulen – und auch auf VVN-Veranstaltungen – von seinem Schicksal berichtet und dadurch viel zum Verständnis der Sinti und deren Leiden in der Nazizeit beigetragen.

Das Bundesverdienstkreuz an »Mano« Höllenreiner überreichte der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle als Würdigung für dessen »Einsatz für das Gemeinwohl«. »Besonders die Aufklärung junger Menschen und die Bekämpfung des Rechtsradikalismus sind ihm ein großes Anliegen«, heißt es in der Pressemitteilung.

Die bayerische VVN und ganz viele Menschen darüber hinaus freuen sich mit Hugo und »Mano« über diese Würdigungen. Natürlich wären die Freude der Geehrten und unsere noch größer, wenn auch im heutigen Alltag die Solidarität mit Flüchtlingen, besonders auch mit Sinti und Roma, endlich im Vordergrund bayerischer Politik stehen würde.

Und noch etwas: Eine schallende Ohrfeige sind diese Auszeichnungen für den Herrn, der nur rund 200 Meter von seinem Ministerkollegen Spaenle entfernt residiert. Innenminister Hermann nämlich ist es, der die VVN, der »Mano« und Hugo angehören, jedes Jahr aufs Neue im bayerischen Verfassungsschutzbericht als „linksextremistisch" und verfassungsfeindlich diffamiert. Im Bericht 2009 hieß es gar: »Öffentliche Zeitzeugenauftritte von früheren KZ-Häftlingen sollen der Organisation [...] einen demokratischen Anstrich verleihen«.

Mit diesem Satz werden ehemalige NS-Verfolgte entweder als gutgläubige, von finsteren VVN-Mächten instrumentalisierte Opfer hingestellt – oder deren Engagement gegen alte und neue Nazis wird als rein taktisches Manöver gewertet. Beides ist gleichermaßen empörend und tritt die Würde der Verfolgten mit Füßen.

Wir wünschen »Mano« und Hugo Gesundheit und auch weiterhin Kraft für ihre mühevolle Arbeit gegen das Vergessen und für Solidarität heute – allen Diffamierungen des Bayerischen Innenministeriums zum Trotz.

Friedbert Mühldorfer





»Mano« Höllenreiner (rechts) und Kultusminister Spaenle. *Foto: StMUK*

Wir gratulieren

natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai
Hans Besold, Unterhaching, 90 Jahre;
Martin Löwenberg, München, 88 Jahre;
Eva Sengle, Füssen, 85 Jahre;
Inge Bräuhauser, München, 82 Jahre;
Brigitte Raab, München, 70 Jahre;
Conny Folger, München, 60 Jahre;
Franz Gratz, Unterhaching, 60 Jahre.

Juni
Hans Taschner,
Inning-Schlagenhofen, 102 Jahre;
Berta Raab, München, 83 Jahre;
Ursula Weis, München, 75 Jahre;
Johann Rösch, Nürnberg, 60 Jahre-



Spenden für die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto:
VVN-BdA Bayern,
Postbank München,
10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern,
Frauenlobstr. 24,
80337 München,
Tel 089/53 17 86,
Fax: 089/53 89 464,
Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Polnisch-deutsche Erinnerungskultur

Konzentrationslager und Zuchthaus Sonnenburg wieder entdecken

Vertreter der Berliner VVN-BdA nehmen seit 2009 an dem jährlichen Gedenken aus Anlass des Mordes an 819 Häftlingen des Zuchthauses Sonnenburg am 30. Januar 1945 teil. Das Gedenken am »Museum der Martyrologie der Opfer des Lagers Sonnenburg«, an dem Denkmal für die Kombattanten und auf dem Friedhof der Kriegsgefangenen, wo auch die ermordeten Häftlinge bestattet wurden, finden unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt. Es kommen ehemalige polnische Kombattanten, frühere Partisanen, KZ-Häftlinge, lokale und überregionale Politiker aus Slonsk und Gorzow, Vertreter der Gedenkstätte Seelower Höhen sowie der belorussischen und luxemburgischen Botschaft aber auch Schüler/innen, Vertreter der Katholischen Kirche und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Im Rahmen der Feierlichkeiten hält eine Einheit der polnischen Streitkräfte eine Mahnwache und einen Totenappell ab.



Hermann Franke, Fritz Lange und Josef Erdmann KZ Sonnenburg 1933
Quelle: PB Dr. Jan Lekschas, Schönow

Nach Gesprächen mit Kombattanten des ZKRP i BWP aus Gorzów, der Sejm-Abgeordneten Bozena Slawiak wandte sich der Bürgermeister Janusz Krzyskow an die Berliner VVN-BdA mit dem Angebot, sich aktiv an der Ausgestaltung der Ausstellung zu beteiligen. Es gilt Slonsk/Sonnenburg als einen Ort, an dem Hitler-Gegner aus Deutschland und nach 1939 aus fast allen okkupierten Ländern weggesperrt und ermordet wurden, wiederzuentdecken und in der deutschen und auch in der polnischen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Ortschaft in unmittelbarem Grenzgebiet gilt als Tor zum Nationalpark Warthemündung. Da die dortigen Schulen an einem Austausch mit deutschen Partnerorganisationen interessiert sind, ist es auch vorstellbar, deutsch-polnische Projekte von Jugendlichen mit historischem Bezug zur Region zu fördern. Diesen Prozess könnte ein Forum, bestehend aus Angehörigen von Häftlingen bzw. deren Verbände, mit Vertretern aus deutschen und polnischen Initiativen, Gedenkstätten, Historikern, Stiftungen sowie Schulen und dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) unterstützen.

Für die Rekonstruktion des Museums sind inzwischen 324 890 EUR aus dem Programm durch die Euroregion Pro Europa Viadrina bewilligt. Wir haben mit dem Bürgermeister vereinbart eine Tagung zum Konzentrationslager und Zuchthaus Sonnenburg, zur Geschichte und zur Erinnerungskultur und ihrer künftigen Ausgestaltung durchzuführen. Teilnehmer erwarten wir aus Polen, Deutschland, Norwegen, Luxemburg, Belgien und weiteren Ländern.

Vom 3. April 1933 bis 23. April 1934 diente das 1931 wegen katastrophaler sanitärer Verhältnisse bereits geschlossene Zuchthaus als Konzentrationslager. Zu den über 1.000 Häftlingen gehörten überwiegend Kommunisten, aber auch der Publizist Carl von Ossietzky, der Schriftsteller Erich Mühsam, Rechtsanwalt Hans Litten und viele andere. Wegen der außergewöhnlichen Brutalität wurde das KZ Sonnenburg durch veröffentlichte Berichte geflohener Häftlinge bald als »Folterhölle« in der Welt bekannt. Ende der 1980ger Jahr hat ein Arbeitskreis der Westberliner Friedensbewegung unter Beteiligung polnischer Wissenschaftler begonnen, die Erinnerungsarbeit als gemeinsames Projekt der Friedensarbeit voranzutreiben. Drei Hefte mit Materialien über das KZ Sonnenburg sind vor 25 Jahren entstanden. Wir danken Peter Gerlinghoff für die Überlassung von Unterlagen zu Sonnenburg.

Der im Februar begründete Arbeitskreis zur Geschichte des Konzentrationslagers und des Zuchthauses Sonnenburg bei der Berliner VVN nutzt bereits diese Materialien.

Gegenwärtig entsteht eine Datenbank mit über 500 Namen von Häftlingen des Konzentrationslagers. Uns liegt auch eine Liste von ca. 600 Häftlingen des Zuchthauses bzw. KZ Sonnenburg mit Kurzbiographien, die von dem polnischen Historiker und Leiter der lokalen Kommission zur Erforschung der deutschen Verbrechen in Polen, Przemysław Mnichowski angefertigt wurde. Leider existiert nach wie vor keine vollständige Namensliste der auf dem Kriegsgefangenen-Friedhof verscharrten Opfer des Zuchthauses. Recherchen in Archiven, in bisher unbekannten Publikationen und von Geschichtswerkstätten ergeben weitere Ansatzpunkte.

Wer sich an dem Arbeitskreis und auch an der Tagung beteiligen oder mit persönlichen Unterlagen und Fotos von Häftlingen, Berichten von Überlebenden oder Hinweisen auf Publikationen und Archivunterlagen die Recherchen unterstützen möchte, bitten wir, sich an die Berliner VVN-BdA, Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 03029784178, email: berlin@vvn-bda.org zu wenden.

Hans Coppi, Kamil Majchrzak

Auf den Spuren der Geschichte: 1933

Veranstaltungsreihe zu Naziterror und Widerstand im Prenzlauer Berg angelaufen

Auch im Berliner Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg wurden, wie überall im Deutschen Reich nach der Machtübertragung an die Faschisten, beginnend mit dem Reichstagsbrand, viele der Anhänger der politischen Opposition – in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten – von SA-Kommandos eingesperrt, verhört und gefoltert.

Mitten im dichtbesiedelten Bezirk und für alle Anwohner/innen sichtbar richtete die SA in den ersten Märztagen ein Konzentrationslager im Maschinenhaus des Wasserturms an der damaligen Treskowstr. (heute Knaackstr.) ein, das allerdings bereits im Juni wieder aufgelöst wurde.

Die Bezirksorganisation Prenzlauer Berg und die VVN-BdA Berlin-Pankow e.V. nahmen die Errichtung des KZ Wasserturm zum Anlass, um in einer Veranstaltungsreihe über Naziterror und Widerstand zwischen 1933 und 1945 im Prenzlauer Berg zu berichten.

Die Reihe begann am 16. März mit einem Gedenkken am Wasserturm. Bis Mitte Juni werden in weiteren acht Veranstaltungen verschiedene Aspekte der Geschichte näher beleuchtet: Dr. Irene von Götz von der SA-Gedenkstätte Papestraße berichtet über den Terror 1933 und das KZ Wasserturm, der Historiker Oliver Reschke geht der Frage nach, inwieweit es den Nazis gelungen war, in den Kiez einzudringen, die Schriftstellerin Regina Scheer erinnert an jüdisches Leben und Überleben und Dr. Hans-Rainer Sandvoß von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand macht das Publikum mit der Breite des antifaschistischen Widerstandes im Bezirk bekannt.

Ergänzt wird die Reihe durch drei Führungen: Der Historiker Dr. Martin Albrecht zeigt die Kellerräume der ehemaligen Königstadtbrauerei (jetzt Genossenschaft Gewerbehof Saarbrücker Str.), in denen 1944/45 Zwangsarbeiter/innen eingesetzt waren, Eva Nickel erzählt bei einem Rundgang zu Stätten des jüdischen Lebens am Wasserturm von Beispielen der Hilfe und Solidarität, aber auch des Verrats und Judenhasses, und Dr. Peter Kirchner führt zu Gräbern berühmter Berliner/innen über den Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee.

Abschluss der Reihe bildet ein Gespräch mit Lore Diehr und Fritz Schmid, die sich beide als junge Menschen am antifaschistischen Widerstandskampf beteiligten.

Jutta Harnisch

Wanderausstellung vom 17. Mai bis 13. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors

Seit dem 16. April ist die Ausstellung »Ich kam als Gast in euer Land gereist… Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933-1955« im Foyer des Russischen Staatsarchives für sozialpolitische Geschichte im Zentrum Moskaus zu sehen. In dem Archiv befinden sich zahlreiche Unterlagen über deutsche Emigranten in der Sowjetunion, auch zu Familien, deren Schicksal in der zweisprachigen Ausstellung und ausführlicher in dem in russisch vorliegenden Katalog vorgestellt werden.

Die Wanderausstellung wird anschließend in Karaganda (Kasachstan), danach in Nowosibirsk und in St. Petersburg zu sehen sein.

Eine gleiche Fassung wird vom 17. Mai bis 13. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin ausgestellt.

Die in dieser Ausstellung zum ersten Mal dokumentierten Familiengeschichten zeigen das widerspruchsvolle Schicksal deutscher Hitlergegner in der Sowjetunion der Stalinzeit.

Die deutschen Antifaschisten kamen Anfang der 1930er-Jahre als Arbeitssuchende oder nach 1933 als politisch Verfolgte in das Land ihrer Träume und Hoffnungen.

Sie waren Facharbeiter, Journalisten, Lehrer, Mediziner, Künstler, Architekten mit ihren Angehörigen, meist Ehefrauen und Kindern.

Ob vom NKWD ermordet oder in Straflager deportiert, auf lange Jahre nach Sibirien und Kasachstan verbannt oder zwangsweise in Kinderheime eingewiesen – die Familienschicksale gleichen mehrfach zerrissenen Lebenslinien. Der Rückweg nach Deutschland war abgeschnitten; die Antifaschisten wurden zu doppelt Verfolgten.

Auch das Ende von Krieg und Faschismus brachte vielen Exilanten nicht die erhoffte Freiheit.

Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre konnte das Gros der in der Verbannung Lebenden ausreisen.

Für sie war es die lang ersehnte Rückkehr, für ihre in der Sowjetunion sozialisierten Kinder ein schwerer Neubeginn im fremden Land.

Ergänzt werden die Familienporträts durch vier Tafeln mit Informationen zu historischen Hintergründen des Staatsterrors.

Allen gezeigten Fotos und Dokumenten liegen bisher unbekannte Materialien aus dem Familienbesitz der Betroffenen und aus deutschen und russischen Archiven zugrunde.

Gesammelt und aufbereitet wurden sie von Hinterbliebenen der Opfer und Historikern – Initiatoren eines 2008 gegründeten Arbeitskreises zum Gedenken an die im sowjetischen Exil verfolgten deutschen Antifaschisten unter dem Dach der Berliner VVN-BdA.

Die zweisprachige Wanderausstellung wird 2013/14 in mehreren Bundesländern zu sehen sein.

Hans Coppi

Begleitende Vorträge in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13/14

23. Mai
Carola Tischler:
»Die UdSSR, Hitlers Machtantritt und die KPD«
20. Juni
Bernd-Rainer Barth:
»Rote Kapelle im Gulag«

11. Juli
Gespräch mit Familienangehörigen und Autoren

Jeweils um 19 Uhr.



Mit der Eröffnung kann auch der Katalog mit 240 Seiten incl. Abbildungen erworben werden.

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

Antifa – Jour fixe

Montag, 20. Mai, 18.30 Uhr
»Wie ich im jüdischen Manhattan zu meinem Berlin fand«
Das so vielgestaltige amerikanische Judentum wurde für Irene Runge in Manhattan zum Lebenselixier. 1942 dort als Kind kommunistischer Emigranten geboren, ging sie mit den Eltern 1949 in die DDR. Sie lebte und lebt noch heute in Berlin.
Die Publizistin und promovierte Soziologin schreibt seit Jahren über jüdische Themen, urbanes Leben und Minoritäten.
Ihr neuestes Buch streift ihre Kindersicht der DDR-Frühgeschichte, kulturpolitische, zeithistorische, DDR-spezifische, linke und jüdische Zusammenhänge, die auch heute noch erstaunlich unbekannt sind.

Montag, 17. Juni, 18.30 Uhr
»Der Ausbruch aus dem Geheimgefängnis in Castres«
In einem geheim gehaltenen Provinzgefängnis in Südfrankreich 1943 sind Antifaschisten aus 18 Ländern inhaftiert, darunter auch viele Deutsche. Immer wieder kommt es zu Auslieferungen an die Gestapo. Spanienkämpfer im Bund mit anderen Häftlingen setzen schließlich alles auf eine Karte, und 35 von ihnen gelingt ein spektakulärer Massenausbruch aus dem Gefängnis von Castres. Fast alle kehren in den Kampf zurück…
Mit Akribie hat Jonny Granzow in seiner historischen Reportage aufgezeichnet, wie dieser Ausbruch möglich wurde und welche umfassenden, oft auch spontan gewebten Netze der Solidarität die Flüchtigen ihren Verfolgern entzogen und ihnen die Rückkehr in den Widerstand ermöglichten.

… immer am 3. Montag im Monat,
immer im Café Sibylle,
immer ab 18.30 Uhr
Karl-Marx-Allee 72
10243 Berlin
U 5 Strausberger Platz

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78

Internet:
http://berlin@vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Erinnerung an einen Todesmarsch

VVN schlägt Einrichtung eines Gedenkortes vor

Die VVN/BdA Niedersachsen plant, in Zusammenarbeit mit der Heimleitung der Heimvolksschule Hustedt und der IG Metall ein sichtbares Zeichen als mahnende Erinnerung an die Opfer des Todesmarsches des KZ-Außenlagers Kleinbodungen zu setzen. Es wird angeregt, daß sich regional sowohl VVN als auch Geschichtswerkstätten und Schulen um Spurensuche und um Aufarbeitung des Geschehens vom Frühjahr 1945 bemühen. Es sollte eine Gedenktafel, ein Relief oder eine Skulptur geschaffen werden. Das beschloss die Landesdelegiertenkonferenz der niedersächsischen VVN-BdA.

Von Dr. Regine Heubaum, Wissenschaftlicher Mitarbeiterin der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, erfuhr die Landesorganisation die Geschichte des Verbrechens im Rahmen der Kriegsendphase:

»Das Außenlager Kleinbodungen des KZ Mittelbau wurde am 5. April 1945 geräumt. Der Todesmarsch führte von Kleinbodungen über Osterode-Petershütte, Seesen, Salzgitter und Groß Hehlen nach Bergen-Belsen. Am 10./11. April 1945 passierte der Todesmarsch des KZ-Außenlagers Kleinbodungen die Landstraße Groß Hehlen-Hustedt.

In der Nacht zum 11. April 1945 erreichten die Häftlingskolonnen ein verlassenes Kriegsgefangenenlager auf dem Gelände eines aufgegebenen Feldflugplatzes bei Hustedt. Insgesamt wurden wahrscheinlich acht Tote am Rand der Landstraße nach Hustedt gefunden. Allerdings sind die Angaben bezüglich der Anzahl der ermordeten Gefangenen nicht eindeutig.

Mitte Juni 1945 sorgte eine alliierte Kommission für die Umbettung der ermordeten Häftlinge auf den Friedhof von Groß-Hehlen. Auch die Zahl der Toten, die umgebettet wurden, konnte bis dato nicht genau ermittelt werden. Am 30.06.1945 beurkundete das Standesamt Groß Hehlen den Tod von zwei Häftlingen, wobei die Haftnummern registriert wurden. Diese Toten konnten nun anhand der Haftnummern identifiziert werden.

Wo sich die Gräber der Verstorbenen heute befinden, ist nicht klar. Möglicherweise wurden die Leichname auf den Waldfriedhof in Celle umgebettet. Der Lagerführer des Außenlagers Kleinbodungen, Stärfel, wurde 1945 im Bergen-Belsen Prozess wegen der Todesmarschverbrechen angeklagt und zum Tode verurteilt. In den Prozessunterlagen finden sich einige Zeugenaussagen zum Todesmarsch, die möglicherweise weitere Informationen liefern.«

Quelle: Regine Heubaum, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Archiv, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Aufruf zur Demonstration in Berlin im Juni

Flüchtlingsgemeinschaft Wolfsburg: »Genug ist Genug!«

Im Rahmen der Break Isolation Campagne hat die Flüchtlingsgemeinschaft Wolfsburg eine erschütternde Erklärung formuliert, die wir im Wortlaut wiedergeben: »Wir Flüchtlinge aus Fallersleben/ Wolfsburg wollen nach vielen uneingelösten Versprechungen durch Regierungsparteien und Verwaltung öffentlich auf unsere Situation aufmerksam machen. Wir können es nicht länger ruhig hinnehmen, im Isolationslager zu wohnen. Hier werden Tag für Tag Menschen traumatisiert, in Depression und bis in den Tod getrieben.«

Weiter heißt es: »Manche von uns sind hier seit zwölf Jahren und immer noch gibt es keine Hoffnung auf wenigstens eine Arbeitserlaubnis und ein allgemein besseres Leben.

Einem Raum sind zwei bis fünf Bewohner/innen bzw. ganze Familien zugeteilt.

Dieser eine Raum ist gleichzeitig Schlaf-, Wohnzimmer und Küche, das führt zu Konflikten, weil die Bedürfnisse der Bewohner/innen natürlich unterschiedlich sind.

Beschwerden werden ignoriert, obwohl es freie Zimmer gibt. Mehr als zehn Bewohner sollen eine Toilette und Dusche gemeinsam nutzen.

Das Lager wird durch die berüchtigte Firma K&S Dr. Krantz Sozialbau betrieben. Vor dem Firmensitz in Sottrum bei Bremen wurde unter anderem für die Schließung des Isolationslagers in Meinersen im Nachbarlandkreis demonstriert.

K&S macht weiter seinen Gewinn mit dem Betreiben von Altenheimen und Isolationslagern und auf Kosten der Flüchtlinge und in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden.

Viele von uns sind von rassistischen Polizeikontrollen betroffen. Alain Nkurunziza, der im März 2011 in Frankfurt a.M. kontrolliert wurde, leistet zivilen Ungehorsam gegen die rassistischen Gesetze, deshalb wird ihm mit zwei Wochen Gefängnis gedroht.

Die Verurteilung zu einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe wegen der Verletzung der Residenzpflicht verletzt das natürliche Recht auf Bewegungsfreiheit, das jeder wahrnehmen darf.

Wir nehmen uns das Recht, uns gegen Unrecht zu wehren und klar auszusprechen: Die Verletzung unserer Menschenrechte, von der Regierung und ihren staatlichen Institutionen organisiert, befeuert zusätzlich die rassistischen Aggressionen aus der deutschen Gesellschaft und wirkt auf die Täter als mehrheitsfähig, was trotz aufgeflogenem neonazistischem NSU-Projekt und mit der Legitimierung neonazistischer Parteien Realität ist.«

Weiter, heißt es, deswegen müßten Flüchtlinge in Isolationslagern ohne Rechte warten – auf den geistigen und körperlichen Verfall, die Abschiebung oder gar den Tod. Dies sei in Deutschland mehrheitsfähig.

Weiter: »Es geht um unsere Leben. Die Zeit des Schweigens und des Ertragens ist für uns vorbei. Unser Widerstand schließt sich mit allen Flüchtlingskämpfen zusammen – in unseren Herkunftsländern, auf allen Wegen und hier in Deutschland.

Unsere Anklage hat schon lange begonnen, wir werden sie zum Internationalen Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 13. bis 16. Juni 2013 nach Berlin tragen«.

Die Landesregierung spricht im neuen Koalitionsvertrag von »Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik« und davon, dass sie sich für die (teilweise) Aufhebung diskriminierender Gesetze einsetzen will.

Wir haben es lange genug ertragen müssen, in Schmerz, Qual und Trauer zu leben. Wir haben lange genug in einer verschmutzten Umgebung, in Mitten eines Industriegebiets, im Lager Fallersleben gelebt und unter massiven Menschenrechtsrechtsverletzungen, begangen durch staatliche Autoritäten, gelitten.

Wir können und werden das nicht länger akzeptieren, unsere Geduld hat ein Ende.

Wir wollen die Öffentlichkeit darüber informieren und werden deshalb unsere Forderungen auf die Straße tragen.

Wir nehmen die Lagerunterbringung und unsere Entrechtung nicht hin und fordern:

- Bewegungsfreiheit! Abschaffung der Residenzpflicht!

- Abschaffung des Gutschein-Systems in allen Gemeinden!

- Schließung des Lagers Fallersleben!

- Abschaffung des Arbeitsverbots!

- Abschiebestopp!«

Gedenkfeier mit Rednerin der zweiten Generation

Der Opfer des Stalag 311 wurde gedacht

Der verbrecherische Angriffskrieg auf die Sowjetunion hatte zur Folge, dass schon ab September 1941 sowjetische Kriegsgefangene von den Nazis zu Tausenden in Kriegsgefangenenlager in der Heide deportiert wurden. So auch in das Stalag 311 bei Hörsten nahe Bergen-Belsen. Zu Fuß, in Lastwagen, Güter- und Eisenbahnwaggons wurden sie verschleppt wurden – 4000-5000 km weit von zu Hause.

Die Befreiungsfeier am 21. April galt dem Gedenken der etwa 20 000 meist sehr jungen Soldaten der Roten Armee, die im Stalag 311 unter furchtbaren Bedingungen jämmerlich verhungerten, erfroren, an Krankheiten wie Fleckfieber starben oder brutal erschlagen wurden.

Die Nazis sperrten sie auf dem blanken Feld mit Stacheldraht und Wachtürmen ein – sie verweigerten diesen Kriegsgefangenen bewusst die in der Genfer Konvention festgelegten Rechte.

Auf der diesjährigen Gedenkfeier auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof in Hörsten/Bergen-Belsen sprach als Hauptrednerin die heute 69jährige Katharina Saemann.

Sie ist Tochter eines sowjetischen Kriegsgefangenen und einer deutschen Mutter.

Wegen des Umgangs mit einem Kriegsgefangenen, der verbotenen »Berührung mit dem Feind«, war »diese Gestrauchelte« zu 15 Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Katharina Saemann musste während dessen nicht in ein Nazi-Kinderheim, weil sie von ihren Großeltern aufgenommen werden konnte. Im Dorf wurde sie als »Russenkind« diskriminiert, worunter sie sehr litt.

Was in Wirtschaft und Staat mit der Wiedereinsetzung von Nazirichtern und ehemaligen Naziwirtschaftsführern im Nachkriegsdeutschland im Westen deutlich wurde, zeigte sich auch in der Kontinuität der Nazi-Ideologie nach der Befreiung im privaten Bereich.



Frau Katharina Saemann sprich *Foto: AG Bergen-Belsen*

Im Dorf und auch in der Familie hätte es einen Tabubruch bedeutet, über die Vergangenheit offen zu sprechen und für die Mutter von Katharina Saemann Verständnis zu zeigen, nein, sogar ihr Bewunderung zu zollen. Hatte sie sich doch über ein Naziverbot hinweg gesetzt!

Erst mit 80 Jahren hatte sich die Mutter durch das Erzählen für einen Dokumentarfilm von ihrem lebenslangen Druck befreit. Erst dann war auch eine Aussprache zwischen Mutter und Tochter möglich, erst dann konnte Katharina Saemann die Suche nach ihrem Vater, Wassili Koslov, beginnen.

Weitere Redner/innen waren Illia Riaboi, Veteranenratvorsitzender/Rote Armee, Hannover, Dr. Matthias Richter-Steinke, DGB Nord Ost Niedersachsen und Jugendliche des IYWC (International Youth Work Camp) Bergen-Belsen.

Am Ende der Gedenkveranstaltung beteiligten sich die Teilnehmenden an einer symbolischen Aktion: sie gaben 100 Rotarmisten ihren Namen zurück, indem sie von Schüler/innen hergestellte Tontafeln mit Namen und Lebensdaten der Rotarmisten auf vorbereitete Gestelle niederlegten.



Den Opfern einen Namen geben - das Tontafelprojekt *Foto: AG Bergen-Belsen*

Weitere Informationen zur Gedenkfeier:
http://www.niedersachsen.vvn-bda.de/archiv.php

Mechthild Hartung

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an

mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail:

niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

3000 demonstrierten

Gegen Rassismus und Ausgrenzung

Am 7. April demonstrierten in Hamburgs Innenstadt etwa 3000 Menschen gegen Rassismus und Ausgrenzung von Flüchtlingen.

Die Demo führte vom Hachmannplatz zum U-Bahnhof Feldstraße und wurde von mehreren Zwischenkundgebungen unterbrochen. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis verschiedener Organisationen, darunter der Hamburger Flüchtlingsrat und weitere 60 Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet. Jens Kuhn von Bündnis sagte, es sei eine gefährliche Behauptung, dass Rassismus nur von einzelnen Neonazis ausgehe. Er sei fest in der Gesellschaft verankert und werde von den Medien und der Mehrheit der Menschen ignoriert. Es wurde aufgerufen, eine Woche später vor dem Flüchtlingslager Horst bei Boizenburg zu demonstrieren. Dieses gefängnisähnliche Lager wurde nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen von Hamburg bewusst in aller Abgeschiedenheit angelegt, isoliert von der Bevölkerung und allen kulturellen Einrichtungen. Der Vertrag mit Mecklenburg-Vorpommern, der eigentlich im September 2012 auslaufen sollte, wurde kürzlich um weitere sechs Jahre verlängert. Das Kontingent der Hamburger Flüchtlinge wurde sogar noch erhöht. ***hjm***

Projekt für die Rechte der Migranten

Ankommen?! Nicht ohne Beratung!

Das Projekt »Infomobil« will sich künftig mehr der Kinder und Jugendlichen in Not annehmen. Das Projekt wurde im September 2009 von Aktivist/innen des Café Exils gegründet um Flüchtlinge und andere Migrant/innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

Nach ca. eineinhalb Jahren regelmäßiger Beratungsarbeit vor der Sportallee (Zentrale Erstaufnahmestelle) orientierte sich die Projektgruppe des Cafe Exils in ihrem Themenschwerpunkt neu. Vor allem aufgrund von Anfragen ehemaliger und damals minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge beschloß das Projekt, sich mit der Situation im Kinder und Jugend in Not zu beschäftigen.

Ende September 2010 erhielt der Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) in Hamburg die Zuständigkeit für die Erstaufnahme von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen. Die Erstaufnahme beginnt für die Jugendlichen mit einem Erstgespräch im KJND. In diesem wird zu allererst die Richtigkeit des von dem/der Jugendlichen angegebenen Alters angezweifelt. Die dabei erfolgte Alterseinschätzung passiert nahezu willkürlich und führt häufig dazu, dass Minderjährige volljährig »gemacht« werden. Die Folge ist eine komplette Aberkennung ihrer Rechte als Minderjährige. Des Weiteren werden die Angaben aus dem Erstgespräch, die auch Fragen zu Reiseweg und Fluchtgründen beinhalten, mitunter an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weitergegeben und im darauf folgenden Asylverfahren verwertet. Eine solche Weitergabe der vertraulichen Daten aus dem Erstgespräch an andere Behörden ist rechtswidrig.

Das Misstrauen, welches diesem Erstgespräch – um nicht zu sagen Verhör – zu Grunde liegt, steht in massivem Gegensatz zum Versorgungsauftrag, den der KJND eigentlich hat und widerspricht der Idee, einen Schutzraum für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Dieser Widersprüchlichkeit wollen wir durch Beratung der Jugendlichen und durch Öffentlichkeitsarbeit entgegentreten.

Wir sind ein politisches Projekt. Die Beratungsarbeit stellt für uns einen Akt praktischer Solidarität dar. Neben der Beratungsarbeit ist es unser Ziel, auf verschiedenen anderen Wegen die rassistische Migrationspolitik in Deutschland und Europa zu bekämpfen.

Das Projekt steht allen offen, die unser antirassistisches Selbstverständnis teilen. ***melli***

http://cafe-exil.antira.info/infomobil-sportallee/

Meldungen in Kürze

Polizist provoziert vor jüdischer Schule

Eine erschreckende Provokation wurde jetzt bekannt: Der Angestellte im Polizeidienst Andreas W., der zum Objektschutz eingeteilt worden war, stellte sich vor die von ihm bewachte Joseph-Carlebach-Schule (die frühere Talmud-Tora-Schule) im Grindelviertel in Positur, zeigte einen Totenkopf, fotografierte sich und stellte das Bild ins Internet. Der Totenkopf war offenbar eine Anspielung auf die SS-Totenkopfverbände. Der aus Lübeck stammende Polizist ist kein Unbekannter. Er soll mehrfach Ausländer beschimpft und seinen Kollegen die Lektüre von Hitlers »Mein Kampf« empfohlen haben. Er wurde von Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch mit sofortiger Wirkung entlassen. Geprüft wird, ob ein Strafverfahren wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen eingeleitet wird.

Die Frage, warum ein für seine Nazigesinnung bekannter Polizist ausgerechnet eine jüdische Schule bewachen sollte, muss die Polizei allerdings noch beantworten. ***hjm***

Rechte Burschenschaft lässt Schüler Mensur schlagen

Im Haus der für ihre ultrarechte Gesinnung bekannte Burschenschaft »Germania Königsberg zu Hamburg« fanden Anfang April »pennale Mensuren« zweier Schüler-Burschenschaften statt: Der Hamburger »Chattia Friedberg« und der Kieler »Gymnasialen Burschenschaft Germania«. Insgesamt hielten sich 40 Burschenschaftler in der Villa der »Germania Königsberg« auf. Anwesend war auch Björn Neumann, der bei der Bürgerschaftswahl 2011 auf Platz zwei der NPD-Liste kandidiert hatte. Angeblich handelte es sich um eine Gefälligkeit, weil die Schüler-Burschenschaften über kein eigenes Domizil verfügten. Besonders die »Chattia« pflegt enge Kontakte zur Neonazi-Szene. ***hjm***



Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Kapernaum-Kirche wird doch Moschee

Islamfeindlicher Aufmarsch gescheitert

Am 23. März hatte Pro Deutschland zu einer Kundgebung an der Kapernaum-Kirche in Hamburg-Horn aufgerufen, die nach mehrjährigem Leerstand nun von der Islamischen Gemeinschaft al nour (»das Licht«) gekauft wurde und zu einer Moschee umgebaut werden wird.



Foto: Chodinski

Pro Deutschland hatte sich wohl nach anfänglicher Sensationsberichterstattung in den Hamburger Medien und entsprechendem Leserbrief-Echo gute Mobilisierungs-Chancen für islamfeindliche Propaganda erhofft. Tatsächlich blieben sie mit 16 »Gefolgsleuten« ein verlorenes Häuflein.

Am Rande kam es zu einer gespenstisch anmutenden Szene, als eine Gruppe mit Fahnen und Zeichen der »Identitären Bewegung«die Sievekingsalle herauf marschiert kam. Die sofort einsetzenden Proteste gegen diese neofaschistische Provokation führten dazu, dass sie schnell von der Polizei in die nahe U-Bahn-Station geleitet und in die Bahn gesetzt wurden.

Unter den ca. 600 Gegendemonstrant/innen, die dem Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts gefolgt waren, befanden sich etliche Kamerad/innen mit und ohne Fahnen neben vielen Horner/innen und Menschen unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Herkunft.

Alle waren gekommen, um ein Zeichen zu setzen für eine Gesellschaft ohne Rassismus, in der Atheisten, Juden, Christen und Muslime, wo immer die Wurzeln ihrer Familien liegen, friedlich und solidarisch miteinander leben können.

Das machte neben vielen anderen auch die VVN-BdA in einem Redebeitrag deutlich.

Cornelia Kerth

Mai: bis Juni

Hamburger VVN-Termine

Freitag, 10. Mai 2013, ab 11:00 Uhr
»Mai 1933: Zuerst brannten die Bücher…« Eine Veranstaltung des Arbeitskreises »Bücherverbrennung – Nie wieder!« Verboten – verbrannt – vergessen? Hamburg liest gegen das Vergessen und setzt damit ein Lese-Zeichen gegen rechts – Lesung aus den verbrannten Büchern an verschiedenen Plätzen der Stadt

Sonntag, 12. Mai 2013, 11:00 Uhr
Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg - zum Tag der Befreiung »8. Mai 1945«
Redebeitrag: Christian Arndt – Musik: Chor Hamburger Gewerkschafter/innen. Danach am Ehrenhain; Redebeitrag von Ilse Jacob. - Ort: Friedhof Ohlsdorf, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg

Sonntag, 12. Mai 2013, 17.00 Uhr
Film: »Unterwegs als sicherer Ort«, D 1997, Dokumentation von Dietrich Schubert. Der Film beschreibt en Flucht- und Lebenswege der jüdischen Familie Finkelgruen und die wenig bekannte Verfolgung von Juden durch die Nazis außerhalb Europas bis ins chinesische Shanghai. Gesprächsgast: Peter Finkelgruen - Eine Kooperationsveranstaltung mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Dienstag, 14. Mai 2013, 19.00 Uhr
Film und Gespräch: „Der Tag, an dem die Bücher brannten", D 2003, Dokumentation von Henning Burk.
Gesprächsgast: Helga Obens.
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Mittwoch, 15. Mai 2013, ab 11:00 Uhr
»Mai 1933: Zuerst brannten die Bücher – Verboten – verbrannt - vergessen?« Eine Veranstaltung des Arbeitskreises »Bücherverbrennung - Nie wieder!«. – 13. Marathon-Lesung aus den verbrannten Büchern. Hamburg liest gegen das Vergessen und setzt damit ein Lese-Zeichen gegen rechts.
Ort: Gedenkplatz der Bücherverbrennung am Isebek-Kanal, Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße

Sonntag, 30. Juni 2013, 17.00 Uhr
Film: »Stärker als die Nacht«, DDR 1954, von Slatan Dudow. Die Geschichte eines Widerstandskämpfers in der NS-Zeit.
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstr. 10

Sonntag, 7. Juli 2012, 15:00 Uhr
Sommerliches Grillfest im und vor dem Landesbüro der VVN-BdA. Für Essen und Getränke ist gesorgt, wir nehmen aber gerne weiteres zum gemeinsamen Verzehr entgegen.
Ort: Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg

Landesdelegiertenkonferenz Sachsen

Neue Herausforderungen und Aufgaben

Mitte März 2013 fand in Dresden die 11. Landesdelegiertenkonferenz des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten im Freistaat Sachsen statt. 56 Delegierte zogen Bilanz der vergangenen Jahre und berichteten über ihre Erfahrungen in der Verbandsarbeit, über ihr Engagement bei der Bewahrung des antifaschistischen Erbes, bei der Bündnisarbeit gegen rechtes Gedankengut und rechtsextremistische Aktionen.

Im Bericht des Landesvorstandes wurden die Schwerpunkte des politischen Wirkens, aber auch Probleme der Arbeit genannt. So macht der biologische Rückgang der Mitgliedszahlen Sorgen, und demzufolge sind große Anstrengungen zu Mitgliedergewinnung nötig.

Hervorgehoben wurde die Arbeit der sächsischen VVN in Bündnissen gegen Rechtsextremismus, insbesondere der verschiedenen Aufmärsche anlässlich der Jahrestage der Bombardierung sächsischer Städte, wie in Dresden, Chemnitz und Plauen. Dazu hieß es im Bericht: »Wir wenden uns entschieden gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten. Wir sagen: Nazis blockieren ist unser Recht! Und noch deutlicher: Das ist unsere Pflicht! Das sind wir den Opfern des Nationalsozialismus schuldig.«

Als ein Erfolg beharrlichen, aber auch kompromissbereiten ständigen Drängens wurde die Novellierung des sächsischen Gedenkstättengesetzes gewertet. »Unsere erarbeiteten Vorschläge wie eindeutige Formulierung des Stiftungszweckes (Klarstellung der Differenzierung von NS-Diktatur



Blick ins Präsidium der Landesdelegiertenkonferenz: Justin Sonder (Überlebender von Auschwitz), Regina Schulz (Kamenz), Regina Elsner (Erste Sprecherin), am Pult der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Sachsen, Frido Seydewitz. *Foto: privat*

und DDR-Herrschaft, Veränderung der Zusammensetzung des Stiftungsrates, Einfluss der Politik zu Gunsten der Opferverbände, Aufnahme der Gedenkstätte Zwangsarbeit und des KZ Sachsenburg in die institutionelle Förderung) wurden teilweise berücksichtigt.«

Gewürdigt wurde eine Arbeitsgruppe von Historikern, die einen Geschichtsatlas Sachsens für die Zeit von 1933 bis 1945 in zeitaufwändiger, akribischer Arbeit erstellt. Gleichfalls wurde die internationale Zusammenarbeit des Landesverbandes und einiger Kreisverbände mit antifaschistischen Verbänden in Polen und Tschechien hervorgehoben.

In der Diskussion ergriffen 15 Kameradinnen und Kameraden das Wort, berichteten über die Gedenkarbeit vor Ort, über die Einbeziehung junger Menschen in antifaschistische Tätigkeit, über Anstrengungen zur Mitgliedergewinnung für unseren Verband, oder aus Leipzig zur Bewahrung und Nutzung von Büchern in einer »Bibliothek des Antifaschismus«.

Abschließend wurde eine Entschließung zu den künftigen Aufgaben einmütig verabschiedet.

Bei der Wahl des 12-köpfigen Landesvorstandes wurde die bisherige Erste Sprecherin, Regina Elsner aus Hoyerswerda, wiedergewählt.

Peter Giersich

Impressum:
V.i.S.d.P.: Peter Giersich, Redaktion: Landesverband des VVN-BdA Sachsen, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel.: 0351/49019 03, E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de Spendenkonto: Commerzbank Dresden, BLZ: 850 800 00, Konto Nr. 052 82111 00

Nazitrauermarsch blockiert

Nach Dresden nun auch in Chemnitz

Nach sechshundertsiebenundachtzig (687!) Metern war Schluss mit dem geplanten Trauermarsch, welche die »IG Chemnitzer Stadtgeschichte« anlässlich der Bombardierung der Stadt Chemnitz für den 05. März 2013 angemeldet hatte. Ziemlich genau 348 Vertreter der extremen Rechten, meist junge Männer, wollten ihre geschichtsrevisionistische Sicht auf die Bombardierung auf die Straße tragen. Damit kann festgehalten werden, dass deutlich hinter den Vorjahreszahlen auf Naziseite zurückgeblieben wurde. Offenbar zeigt die erfolgreiche Blockierung der Naziaufmärsche in Dresden und Cottbus nun auch in Chemnitz ihre Wirkung bei der Mobilisierung.

»2.200 Nazigegner haben heute erfolgreich den alljährlichen Trauermarsch der Nazis durch Chemnitz blockiert.« meldet die Initiative »Kein bisschen Friede« auf ihrer Homepage. Diese hatte zur Teilnahme an einer Demonstration des Studentenrates der TU Chemnitz aufgerufen.

Die Demonstration des Bündnisses »Chemnitz Nazifrei« blockierte die Kreuzung Annenstraße Ecke Reitbahnstraße mit etwa 1500 Menschen.

Somit waren alle Routen inklusive möglicher Ausweichrouten für die Nazis blockiert. Ein deutlicher Erfolg für alle antifaschistisch eingestellten Menschen. Daher blieb den Geschichtsrevisionisten nur eine »Runde um den Block«, wie es ein Polizeibeamter sagte.

Zu den Nazis: Die Versammlungsleiter der Nazis bestimmten, dass in Vierer-Reihen marschiert werden soll. Fackeln wurden am Rande mitgeführt, genau wie schwarze Fahnen. ***Jens Thöricht/Ramona Gehring, Zittau***



Heinz Hummler spricht am Gedenkstein für das KZ Heuberg *Foto: DL*

Heuberg – Erinnerung an das erste KZ im Südwesten:

Ein Ort der Unmenschlichkeit, Demütigung, Willkür und Gewalt

Vor 80 Jahren, am 20. März 1933, wurde das KZ Heuberg auf der schwäbischen Alb als erstes KZ im Südwesten »eröffnet«, das heißt mit den in diesen Tagen nach vorliegenden Listen Verhafteten belegt, fast ausschließlich Funktionäre der Arbeiterbewegung. Mit den Quälereien auf dem Heuberg begann die Ausschaltung der Opposition gegen die faschistische Herrschaft in Deutschland.

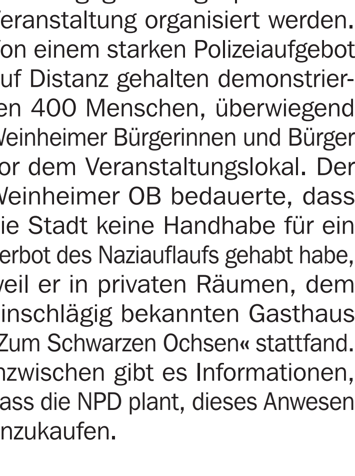
Zum 80. Jahrestag der Einrichtung des KZs lud die VVN-BdA zu einer Gedenkfeier an diesem abgelegen Ort auf der schwäbischen Alb ein, der nicht umsonst den Beinamen »schwäbisch Sibirien« trägt. Mitten im heutigen Truppenübungsplatz der Bundeswehr hatte die SPD 1983 einen Gedenkstein zur Erinnerung an die damals gefolterten und gequälten errichtet. Trotzdem folgte kein offizieller Vertreter der Landes-SPD der Einladung zur Gedenkfeier. Um so höher ist es dem Ortsvereinsvorsitzenden Walter Sambil anzurechnen, dass er die die Teilnehmer/innen am Gedenkstein begrüßte. Etwa 80 Menschen hatten sich unter widrigen Witterungsbedingungen dort versammelt; viele waren mit dem von der VVN-BdA organisierten Bus aus Stuttgart und Tübingen angereist. Die Gedenkrede für die VVN-BdA hielt Heinz Hummler, der Sohn des von den Nazis hingerichteten Widerstandkämpfers Anton Hummler. Für den DGB sprach der Vorsitzende der DGB-Region Südwürttemberg Peter Fischer. Manfred Dietenberger von der DKP Baden-Württemberg erinnerte an den kommunistischen Widerstand. Werner Grimm von der VVN-BdA umrahmte die Gedenkfeier mit Liedern zur Gitarre. Zum Abschluss legten die Teilnehmer Kränze zur Erinnerung an die Opfer des KZ Heuberg nieder und sangen gemeinsam das Lied von den Moorsoldaten.



Am Gedenkstein für die ins Strafbataillon 999 gezwungenen Nazigegner, die später auf dem Heuberg gefangen gehalten wurden, legten die TeilnehmerInnen der Gedenkfeier ebenfalls ein Gebinde nieder. **DL**

Weinheim

Proteste gegen NPD-Parteitag



Am 20. April, dem Geburtstag ihres Idols Adolf Hitler, fand der Parteitag der NPD ausgerechnet in Baden-Württemberg statt, nachdem er im oberfränkischen Lautertal wegen Strassenbauarbeiten abgesagt werden mußte. Erst in der Nacht zuvor, war der neue Ort des Parteitags bekannt geworden. Trotzdem konnte für beide Tage Protest gegen die gespenstische Veranstaltung organisiert werden. Von einem starken Polizeiaufgebot auf Distanz gehalten demonstrierten 400 Menschen, überwiegend Weinheimer Bürgerinnen und Bürger vor dem Veranstaltungslokal. Der Weinheimer OB bedauerte, dass die Stadt keine Handhabe für ein Verbot des Naziauflaufs gehabt habe, weil er in privaten Räumen, dem einschlägig bekannten Gasthaus »Zum Schwarzen Ochsen« stattfand. Inzwischen gibt es Informationen, dass die NPD plant, dieses Anwesen anzukaufen.

Stuttgart

Opfer von Sant' Anna musste draußen bleiben

Am 1. Oktober 2012 hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart verkündet, das Untersuchungsverfahren gegen die Mörder von Sant' Anna di Stazzema einzustellen. Mord könne den in Italien bereits verurteilten Angehörigen der Waffen-SS, die 1944 560 Zivilisten, überwiegend Frauen und Kinder grausam getötet hatten, in Deutschland nicht nachgewiesen werden. Rückendeckung für die Verfahrenseinstellung erhielt der durch die rigide Verfolgung von Trägern durchgestrichener Hakenkreuze bekannt gewordene Oberstaatsanwalt Häußler prompt vom baden-württembergischen Justizminister Rainer Stickelberger (SPD).



Demonstration vor der Staatsanwaltschaft *Foto Jürgen Weber*

Am 31. Januar reichte Rechtsanwältin Gabriele Heinecke im Auftrag und in Begleitung ihres Mandanten Enrico Pieri, einem der wenigen Überlebenden des Massakers, Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens ein. Ein weiteres Mal bezeugte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, wie sie mit den Opfern dieses Verbrechens umgeht: Enrico Pieri durfte das Gebäude der Staatsanwaltschaft nicht betreten.

Inzwischen hat der Historiker Carlo Gentile in einem »Historischen Gutachten« der Stuttgarter Staatsanwaltschaft erhebliche Ermittlungsfehler nachgewiesen. Auch der Historiker Paolo Pezzini, von der Universitär Pisa kritisiert Häußlers Ergebnisse. Seine Antwort auf den Ermittlungsbericht der Stuttgarter Staatsanwaltschaft trägt den Titel »Die Toten von Sant'Anna finden keinen Frieden« und wurde in der im Internet zugänglichen Wochenzeitung Kontext abgedruckt

(www.kontextwochenzeitung.de)

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer
VVN - Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart
tel 0711 603237, fax 0711 600718

Breite Unterstützung für VVN-Veranstaltung

Zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung

Auf dem Frankfurter Römerberg, dem zentralen Platz vor dem Rathaus, ist eine Gedenkplatte in den Boden eingelassen, die an die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 erinnert. Die Platte wurde nicht zuletzt auf Drängen der Frankfurter VVN-BdA angebracht, was der damalige Kulturdezernent Frankfurts, Dr. Hans-Bernhard Nordhoff, bei der Einweihung der Gedenktafel ausdrücklich würdigte.

Seitdem veranstaltet die Frankfurter VVN-BdA jedes Jahr an dieser Stelle eine Lesung von Texten jener Autoren, deren Werke verbrannt und verbannt wurden.

In diesem Jahr, zum 80.Jahrestag der Bücherverbrennung, ist es der Frankfurter VVN gelungen, für ihre Veranstaltung eine besonders breite Unterstützung zu gewinnen.

Die Stadt dankt.

Aus dem Grußwort des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann (SPD) an die Teilnehmer der VVN-Veranstaltung zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung:
»Sie setzen mit Ihrer Gedenkveranstaltung zum 80igsten Jahrestag der Bücherverbrennung in Frankfurt ein weiteres wichtiges Zeichen gegen das Vergessen und für eine eindringliche Mahnung an die folgenden Generationen: Nie wieder!
Die Stadt Frankfurt und ihre Oberbürgermeister stehen an Ihrer Seite und danken Ihnen dafür.«

Kooperationspartner der von der VVN-BdA durchgeführten Öffentlichen Lesung sind der Hessische Schriftstellerverband, der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 und die Gingold-Erinnerungsinitiative.

Gefördert wird die Veranstaltung vom Kulturdezernat der Stadt Frankfurt am Main. Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hat die Schirmherrschaft übernommen.

Unterstützt wird die VVN-Veranstaltung von der Deutschen Nationalbibliothek, vom Landesverband des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, von der Frankfurter Stadtbücherei, der Universitätsbibliothek, vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Region Frankfurt-Rhein-Main und von der Regionalen Arbeitsgruppe des Vereins »Gegen Vergessen – Für Demokratie«.

Wir erinnern an die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 auf dem Frankfurter Römerberg.



© historisches museum frankfurt

Wir laden ein.

Hören Sie auf einer öffentlichen Lesung am 10. Mai 2013, ab 16 Uhr, auf dem Frankfurter Römerberg Texte, die damals verbrannt wurden, von Autoren, die verfemt und verfolgt wurden.

In den Lese-Pausen sind musikalische Zwischenspiele vorgesehen.

In die Feuer geworfen wurden die Bücher und Schriften hunderter Autoren, Schriftsteller, Wissenschaftler und Publizisten, die den Nazis und ihren Wegbereitern und Wegbegleitern unbequem und unerwünscht waren, die als gefährlich betrachtet wurden, weil sie dem faschistischen Geist nicht entsprachen, weil sie zu freiem Denken und Wissen inspirieren konnten.

Mit den Feuern im Mai 1933 wurden nicht nur Bücher verbrannt, sondern auch Freiheit, Kultur und Menschlichkeit zerstört.

Die Bücherverbrennungen in vielen deutschen Städten waren ein weiterer Schritt auf dem Weg in die Diktatur, zu Terror, Massenmord und Krieg.

Unter der Herrschaft des deutschen Faschismus bewahrheitete sich der Ausspruch von Heinrich Heine: „… dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“.

Aus dem Flyer zur Veranstaltung

Mit Unterstützung der VVN-BdA – Weitere Verlegungen im November

Stolpersteine nun auch in Kassel

Am 3. April 2013 fand auch in Kassel endlich eine Verlegung von Stolpersteinen im öffentlichen Raum für knapp ein Dutzend Opfer der faschistischen Verfolgung statt.

Trotz verschiedener Vorstöße dauerte es Jahre, bevor Vorbehalte von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde und innerhalb der Stadtverwaltung überwunden werden konnten. Als die Mitglieder einer Stolperstein-Initiative im vergangenen Jahr auf einem Privatgrundstück den ersten Stolperstein für den Kommunisten Traugott Eschke legen ließen, war das »Eis gebrochen«. Nun unterstützte auch die Stadt das Anliegen. Der Oberbürgermeister selber übernahm die Patenschaft für die jüdisch Verfolgte Regina Deborah Schiff. Mehrere ihrer Familienangehörigen kamen anlässlich der Steinlegung nach Kassel. Auch Nachfahren von Lehmann Tannenbaum wohnten der Zeremonie für ihren Großvater bei.

Die Aktion begann bei wenig frühlingshaften Temperaturen im vorderen Westen mit Steinen für den Kommunisten und Zahntechniker Kurt Finkenstein, der nach KZ und Gefängnishaft in Auschwitz ermordet wurde, für den Matrosen Alfred Gail, der noch 1945 wegen »Kriegsdienstverweigerung« auf See erschossen wurde, und für den Kriegsversehrten Johannes Walter, der von seinen Nachbarn denunziert, wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt, noch am Tag des Einmarsches der amerikanischen Truppen im Gefängnis liquidiert wurde.

Vor dem Eingang eines Hauses in der ehemaligen Kasseler Altstadt wurden vier Steine für Angehörige der Familie Rosengarten gelegt, die nach der Deportation nach Riga 1943 in Auschwitz ermordet wurden.

Den Abschluss bildete der Stein für die Kommunistin Paula Lohagen, die wegen aktiven Widerstands verhaftet und in das KZ Ravensbrück verschleppt worden war. 1942 wurde sie zur Vernichtung nach Auschwitz deportiert.

Bei den sieben Stationen der Steinlegung waren nicht nur die Initiatoren, sondern viele Interessierte anwesend. Einige begleiteten die gesamte Aktion, die meisten nahmen bei den einzelnen Stationen teil, sodass weit über hundert Menschen die Initiative unterstützten. Erfreulich war die große Medienresonanz sowohl in der Lokalpresse, die eine Sonderseite zur Vorbereitung gestaltete, als auch bei den überregionalen Medien.

Die VVN-BdA Kassel unterstützte die Stolperstein-Initiative von Anfang an auch personell. Für November ist die Verlegung weiterer Steine geplant, so für den jüdischen Rechtsanwalt Dr. Max Plaut, der im März 1933 von den Nazis ermordet wurde, dessen Stein vom Ortsbeirat Wehlheiden finanziert wird, und für den Kommunisten Konrad Belz, der an den Folgen der KZ-Haft starb.

Ulrich Schneider

Einladung zur öffentlichen Lesung

Eingeladen wird von der Frankfurter VVN-BdA zur öffentlichen Lesung von Texten, die 1933 verbrannt wurden, und von Autoren, die verfemt und verfolgt wurden, für den

10.Mai ab 16 Uhr auf den Frankfurter Römerberg.

Es lesen - neben anderen - Barbara Höhfeld und Monica Carbe vom Hessischen Schriftstellerverband sowie die Schauspielerin Bettina Kaminski vom Ensemble des Freien Schauspiel Frankfurts im Titania-Theater und René Goldschmidt von der Frankfurter VVN.

In Lese-Pausen sind musikalische Zwischenspiele vorgesehen. Gabriele Kentrup wird, begleitet von Ute Körner, vertonte Texte von Bertolt Brecht, Erich Kästner und Kurt Tucholsky singen. Roman Kuperschmidt spielt Klarinette.

Eindrucksvolles Gedenken an einen Todesmarsch von Häftlingen

»Um das Ungeheuerliche sichtbar zu machen«

Im März 1945 waren über 300 Häftlinge aus dem KZ Katzbach der Frankfurter Adlerwerke, wo sie Zwangsarbeit verrichten mussten, auf einen Todesmarsch nach dem mittelhessischen Hünfeld getrieben worden. Der Marsch ging fünf Tage lang durch viele Orte; einer der ersten nach Frankfurt war Dörnigheim.

Dort entstand im Winter 2011/2012, initiiert von Ulrike Streck-Plath, die Idee, mit einer kollektiven Performance und so in einer ganz besonderen Form an diesen Todesmarsch und seine Opfer zu erinnern. In diesem Jahr geschah das an den Hafenbahngleisen am Mainufer in Frankfurt, dem Ausgangspunkt des Todesmarsches, und fünf Tage später am Endpunkt in Hünfeld.

Von den rund 350 Häftlingen, den letzten von ohnehin nur noch knapp 900 Lebenden (über 500 waren elf Tage zuvor in Waggons nach Bergen-Belsen transportiert worden) kamen in Hünfeld nur 280 an; viele wurden unterwegs erschossen.

Nur etwa 50 von ihnen erlebten die Befreiung. Insgesamt befanden sich rund 1.600 Häftlinge im KZ Katzbach; die Todesrate war eine der höchsten der Außenlager.

Auf Initiative von Ulrike Streck-Plath waren 24 Figuren aus Baustahl, mit Filz bekleidungsmäßig umhüllt, erschaffen worden. Sie stellten figurenhaft die Häftlinge beim Todesmarsch dar.

Teilnehmer der Performance trugen jeweils eine der Figuren ein paar Meter weit ein Stück des vorgesehenen Weges entlang. Mit einer Ansprache war zuvor auf Sinn und Zweck des Unternehmens hingewiesen worden.

Unterstützt wurde die Aktion von mehreren Institutionen, Persönlichkeiten und Organisationen, dazu gehörend auch die VVN-BdA und der Frankfurter Verein LAGG, der sich um die Aufarbeitung und Bewahrung der Geschichte des KZ Katzbach kümmert. Frankfurts Oberbürgermeisters Peter Feldmann hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Eine der Teilnehmerinnen schildert in einem sehr persönlichen Bericht (siehe Wiedergabe) ihre Empfindungen und Eindrücke von dieser außergewöhnlichen Veranstaltung.

P. C. Walther.

Enormer Zuspruch bei Filmtagen

Ein enorm großes Interesse fanden die vom »Offenen Haus der Kulture« und vom Naxos-Kino in Frankfurt am Main veranstalteten Filmtage mit den Aufführungen von »Blut muss fließen – Undercover unter Nazis«.
Am ersten Filmtag mit vier Veranstaltungen (davon zwei in Schulen) nahmen fast eintausend Menschen teil.
Am Abend musste wegen des übergroßen Andrangs eine zweite Vorstellung »angehängt« werden.
Auch am zweiten Filmtag mit zwei weiteren Aufführungen waren so viele Interessierte erschienen, dass die Veranstalter sich entschlossen, am 8.Mai einen dritten Filmtag anzubieten.
Unterstützt wurden die Veranstaltungen u.a. vom Frankfurter Jugendring, StadtSchülerInnenRat, Uni-AStA, DGB-Jugend und auch von der VVN-BdA.

Persönliche Eindrücke von der »kollektiven Performance«

Ungewöhnliche Begegnungen

Ich konnte mir eigentlich unter dem Titel »Kollektive Performance«s nichts vorstellen und war auch irritiert von dem Bild auf der Einladung. Doch das Thema packte mich und ich dachte: Ganz egal, da gehst du hin; denn es geht gegen das Vergessen und für die Würde entrechteter Menschen.

Am Treffpunkt am Mainufer kannte ich nur wenige Gesichter. Und noch immer sagten mir die dort stehenden Gebilde – Gestelle, verhüllt mit Sackleinen in dunklen Farben – stehend und liegend – nicht gleich etwas. Das ging wohl Vielen so. Doch das Warten versetzte immer mehr ins Nachdenken, und plötzlich nahmen die Abbildungen Gestalt an; Gestalt in der Form, dass sie plötzlich Gesichter bekamen und ihre Tragik immer mehr ins Bewusstsein rückte.



Mit wenigen, aber deutlichen Worten wurde durch den Leiter des Gallus-Theaters die Aktion vorgestellt und auf das Wie und Warum hingewiesen. Als er aufforderte, nun symbolisch den Todesmarsch der Häftlinge des KZ Katzbach von Frankfurt nach Hünfeld mit den Geschundenen und zum Tode Verurteilten mitzugehen, entstand eine abwartende Pause, bis der erste zugriff und eine der Figuren ein Stück weit nach vorne trug. Das setzte sich innerhalb einer Stunde fort, bis wir den Eisernen Steg, den Zielort der Veranstaltung, erreicht hatten. »Wir« ist das richtige Wort, denn immer mehr Menschen beteiligten sich, nicht nur die zur Veranstaltung bewusst Gekommenen, sondern auch Sonntagsspaziergänger, die unmittelbar mit dem Ganzen konfrontiert wurden, sich erkundigten und sich Zeit nahmen zur Beteiligung. Auch Pressevertreter legten ihr Werkzeug beiseite und beteiligten sich. Ein für mich ebenso bewegender Punkt wie mitzuerleben, dass kirchliche Würdenträger gemeinsam mit Atheisten und Kommunisten nicht nur der Opfer des Faschismus gedachten, sondern den Opfern auch ihre Solidarität zeigten, ihnen ein Gesicht gaben.

Für mich ganz persönlich wuchs zum ersten Mal der Gedanke: Jetzt habe ich meiner Großmutter mütterlicherseits, von der wir absolut nicht wissen, wo und wie sie ermordet wurde, ihre Würde zurückgegeben und ich kann aufhören zu suchen.

Diese Aktion darf nicht einmalig bleiben, sie sollte Jahr für Jahr wiederholt werden. Es ist auch eine Möglichkeit, an junge Menschen heranzukommen, die glücklicherweise diesen Teil der deutschen Geschichte nur aus dünnen Geschichtsbüchern und eventuellen Erzählungen kennen, neugierig werden und bereit sind, sich zu informieren und zu engagieren, damit sich solche Geschichte nicht wiederholt.

Bruni Freyeisen

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602 , BLZ 500 100 60

20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen:

Aktionen geplant: Kein Vergessen! Gegen Rassismus

Am 29. Mai 1993 verübten vier junge Männer einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç. Gürsün Ince, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç starben in den Flammen bzw. beim Sprung aus dem Fenster, weitere Familienmitglieder wurden schwer verletzt.

Drei Tage zuvor hatte der Deutsche Bundestag mit der Einführung der sogenannten Drittstaatenregelung das Grundrecht auf Asyl in Deutschland weitestgehend abgeschafft. Nur wer ohne Zwischenstopp in einem dritten Land direkt nach Deutschland gelangt, sollte überhaupt einen Asylantrag stellen dürfen. Beide Ereignisse jähren sich im Mai 2013 zum 20. Mal.

In Solingen sind aus diesem Anlaß zahlreiche Aktionen geplant, und zwar unter dem Motto:

Das Problem heißt Rassismus! Bekämpfen wir ihn - immer und überall. Solidarität mit den Opfern von Rassismus!

Unterstützung der Geflüchteten in ihren Kämpfe für das Recht zu leben, wo immer sie wollen! Grenzen auf!

Unterstützung antirassistischer und antifaschistischer Initiativen, die den Kampf gegen Rechts organisieren!

Auflösung des Verfassungsschutzes und sofortiger Stopp jeglicher Subventionen rechter Organisationen durch staatliche Behörden!

Die Veranstalter der Aktionen erklären u.a.: »Migrant/innen werden in Deutschland nicht nur durch militante Neonazis, sondern auch durch institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus bedroht.

Die Abschiebepraxis Deutschlands hat zahlreiche Menschenleben auf dem Gewissen und in den Talkshows wird gegen den angeblichen Sozialmissbrauch osteuropäischer Roma gehetzt.«

Unter www.nrw.vvn-bda.de sind die Termine der Solinger Aktionswoche zu finden.

Auf einer bundesweiten Kundgebung wird am Samstag, dem 25. Mai, auch die Bundesvorsitzende der VVN-BdA Cornelia Kerth sprechen. »Auch 20 Jahre nach wdem Brandanschlag von Solingen: Das Problem heißt Rassismus«. So heißt es im Aufruf zur Kundgebung und Demonstration. Beginn 13 Uhr, Solingen Südpark.

Der Beitrag der VVN-BdA Solingen zum 20.Jahrestag des Brandanschlages in Solingen besteht in einem Konzert gegen Rechts »Lieder und Texte gegen Rassismus, für Toleranz und ein friedliches Miteinander« mit der Gruppe Quijote aus Chemnitz.

Die Gruppe Quijote leistet seit Jahren einen enormen Beitrag, dem Widerstand gegen Rassismus und Neofaschismus in unserem Land mit ihrem überzeugenden Auftreten Impulse zu geben. In ihrem breit gefächerten Programm sind immer wieder Lieder und Texte von Mikis Theodorakis, des großen griechischen Komponisten anzutreffen - eben dieses Menschen, Repräsentant des demokratischen antifaschistischen Griechenlands, der Verfolgung und Inhaftierung durch die griechischen Faschisten am eigenen Leibe erfahren mußte.

Ort:
COBRA Solingen, Merscheiderstr. 77-79,
Termin:
Freitag, den 24. Mai um 19.30 Uhr.
Karten im Preis von 5 bis 10 Euro gibt es bei VVN-BdA
Tel. 0212 59 07 88.



Protest- und Trauerkundgebung am Ort des Solinger Brandanschlages 2008. *Bild: trasa*

Nazis organisieren sich nach Verboten neu

»Die Rechte« plant »nationale Freiräume«

Nach den Kameradschaftsverboten des letzten Sommers in Hamm, Dortmund und Aachen haben sich die Nazis neu organisiert. Etliche Angehörige der »Kameradschaft Hamm«, des »Nationalen Widerstands Dortmund« und des »Netzwerkes Münsterland« (vormals: »Autonome Nationalisten Ahlen« und »Nationale Sozialisten Münster«) und inzwischen auch der »Kameradschaft Aachener Land« haben Untergliederungen der neuen Nazi-Partei »Die Rechte« gegründet. In Dortmund hat »Die Rechte« Räume in Huckarde angemietet; der Einzug dort unterblieb jedoch bisher wegen starker Proteste der Bevölkerung und infolge Maßnahmen der Baubehörde. Auch in Münster suchen die Nazis »nationale Freiräume«. Von dort wird uns gemeldet:

Auch wenn der hiesige »Bezirksverband Münsterland Die Rechte« keine Namen von Vorstandsmitgliedern, Kandidaten oder Verantwortlichen veröffentlicht, geben weitere Informationen Aufschluß. Eine jüngst abgefangene Mail informierte auch die nicht angesprochenen Leser/innen, daß diese Nazi-Untergliederung die Einrichtung eines »Clubheims« plant, eines »nationalen Freiraums«, der für Feste, Schulungen und Aktionsvorbereitungen, aber auch für »Training« genutzt werden soll.

Hierfür werden Spenden gesammelt und der Aufruf enthielt auch Hinweise an die Spender: Angegebene Verwendungszwecke wie »›Urlaub‹, ›Erdbeereis‹ oder ›Rumsgedie‹ werden genauso für das Gebäude verwendet wie ›Miete‹«. Das Projekt soll den »Widerstand im Münsterland erheblich professionalisieren«.

Die VVN betont: Immobilienbesitzer aufgepaßt und nicht an Nazis vermieten!

Verantwortlich für das Konto zeichnet Achim Kemper, ehemals Mitglied der »Nationalen Sozialisten Münster« und einer der Redner beim Nazi-Aufmarsch am 3. März 2012 in Münster. Kemper, ein in den Kreis Warendorf versetzter DHL-Postbote, ist auch nach Auflösung der Kameradschaften für »Die Rechte« aktiv. Er hat auch weiterhin landesweit an Nazi-Aufmärschen teilgenommen. Die Nazis haben eine andere Struktur gewählt, setzen jedoch die bisherigen Aktivitäten mit Parteienprivileg fort.

Die aktuelle Entwicklung hat zumindest ein Argument der Verbotskritiker entkräftet: Niemand der Nazi-Aktivisten ist den Weg in den Untergrund gegangen, vielmehr haben sie sich in eine Struktur begeben, die im Zweifel deutlich transparenter zu agieren hat als die anonyme Kameradschaftszusammensetzung. Taktisch dürfte die Strategie sein, sich im Programm der neuen Partei zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen.

Ansonsten enthält das Programm der neuen Partei die üblichen nationalistischen und rassistischen Positionen einer Nazi-Partei. Inhaltlich wurde das meiste von der ehemaligen DVU übernommen.

So bilden ehemalige DVU-Funktionär/innen, die sich nicht der Fusion mit der NPD anschließen wollten, gemeinsam mit Christian Worch – einem seit mehr wwals 30 Jahren bundesweit führenden Nazi – den Bundesvorstand der Partei.

Für antifaschistische Aktivitäten im Münsterland heißt es weiterhin wachsam zu sein und den Nazi-Aktivitäten entschlossen und konsequent entgegen zu treten.

Carsten Peters

Keinen Meter den Nazis!

Proteste gegen »Rechte Partei« in Düsseldorf

Der stellvertretende Kreisvorsitzende der NPD Düsseldorf/Mettmann, Manfred Breidbach, fand, daß der Kundgebungsort Düsseldorf »besonders wichtig« sei, denn Düsseldorf sei die „Heimatstadt eines der bekanntesten politischen Gefangenen in Deutschland«. Gemeint ist der seit März 2012 inhaftierte Düsseldorfer Neonazi Sven Skoda. Er soll für »Die Rechte« als Spitzenkandidat bei den nächsten Europawahlen kandidieren.

Aus der Haft hatte sich Skoda an die Teilnehmenden der »Rheinlandtour« gewendet und dazu aufgerufen, standhaft zu bleiben. Ein Jahr Haft und über 40 Verhandlungstage hätten nicht dazu geführt, »daß man uns brechen konnte«.

Zu einer »Kundgebungstour durch das Rheinland« waren am 16. März 2013 etwa 100 Neonazis unterwegs, um gegen ihre angebliche »staatliche Verfolgung« und für »die Freilassung« ihrer »Gefangenen« zu demonstrieren.

Die Tour lief unter dem Motto: »Gegen die staatliche Verfolgung von Deutschen – Freiheit für alle politischen Gefangenen«. Im Mittelpunkt stand dabei ein laufendes Strafverfahren in Koblenz, bei dem 26 Neonazis wegen Bildung oder Unterstützung des von der Staatsanwaltschaft als »kriminelle Vereinigung« angesehenen »Aktionsbüros Mittelrhein« angeklagt sind.

Plan gescheitert

Schon bei der ersten Station in Aachen konnte die braune Truppe um ihren Versammlungsleiter André Plum aufgrund von Gegenprotesten und polizeilichen Auflagen ihren Zeitplan nicht einhalten. Erst gegen 13 Uhr, mit einstündiger Verspätung begann eine kurze Kundgebung. Danach wurde dann das nächste Ziel Mönchengladbach angesteuert. Hier wiederholte sich die Prozedur.

Verspätet erreichte die nationalsozialistische Reisetruppe nach 17 Uhr ihre letzte Station, die Landeshauptstadt Düsseldorf. In Düsseldorf war eine Demonstration mit Kundgebung vor dem Innenministerium vorgesehen.

Doch schon wenige Minuten nach dem Eintreffen war dieser Plan gescheitert. Nachdem ein Teil der Neonazis schon am Ankunftsort der Busse Gegendemonstrantinnen und Demonstranten angegriffen hatten, wurden sie von den Polizeikräften unter Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken in ihren Bus zurückgetrieben.

Erst fast eineinhalb Stunden später durfte die selbsternannte »Deutsche Jugend« wieder auf die Straße. Allerdings wurde ihr die ursprünglich geplante Demonstrationsroute zum Innenministerium aufgrund der Gegenproteste verwehrt. Gerade einmal 200 Meter Wegstrecke waren verblieben, um dann nach einer Begrüßung »aller weißen Menschen in Düsseldorf« mit einer 20-minütigen Kundgebung die »Tour durchs Rheinland« abzuschließen.



Das Problem heißt Rassismus! Bekämpfen wir ihn - immer und überall.



Rundreise und Gegenproteste

In allen drei Städten waren die Neonazis auf ihrer Rundreise mit Gegenprotesten konfrontiert. In Düsseldorf hatte das antifaschistische Bündnis »Keinen Meter den Nazis!«, an dem auch die VVN-BdA beteiligt war, zu einer Demonstration aufgerufen. An der Demonstration mit anschließender Kundgebung auf dem Johannes-Rau-Platz gegenüber dem Innenministerium nahmen über 400 Menschen teil.

Andere schafften es bis direkt an den Ankunftsort und die kurze Route der Neonazis heran, um dort ihren Protest auszudrücken.

Die Düsseldorfer Polizei gab bekannt, 21 Platzverweise ausgesprochen sowie 15 Gegendemonstrantinnen und Demonstranten festgenommen zu haben, alle festgenommenen Personen wurden noch am gleichen Abend wieder freigelassen.

J. Sch.

Gedenken an die Ermordeten und Mahnung zum Frieden

Die Städte Leverkusen, Remscheid, Langenfeld, Solingen und Wuppertal erinnerten am Sonntag, dem 21. April und die Stadt Dortmund bereits am Karfreitag 29. März mit Gedenkkundgebungen in der Wenzelnbergschlucht bei Solingen und in der Dortmunder Bittermark an die Massaker in den letzten Kriegstagen. Dabei erschoss die Geheime Staatspolizei rund 400 Häftlinge.

Christa Bröcher sprach für die VVN-BdA am Wenzelnberg und erinnerte daran: »Die Opfer gehörten zu den 700.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Häftlingen, Kriegsgefangenen und Deserteuren, die noch im Frühjahr 1945 bei Todesmärschen, Erschießungen und Massakern sterben mußten, weil die Nazis ohne sie die Nachkriegsordnung gestalten wollten.«

Sie erinnerte an den Solinger Karl Bennert (1912-2000), der sich in der letzten Kriegswoche erfolgreich in einer gefahrvollen Aktion für die weiße Beflaggung und die kampflose Übergabe Solingens einsetzte und sich für die Aufklärung des Massenmordes in der Waldschlucht engagierte. Während die Gestapomörder unbestraft davon kamen, wurde Bennert in der Zeit des Kalten Krieges für seine Arbeit für den Frieden eingesperrt. Die VVN-BdA fordert seit langem, Karl Bennert durch die Stadt Solingen zu ehren.

Langenbergs Bürgermeister Frank Schneider erinnerte an die Mahnung dieser Stätte »an die Sinnlosigkeit von Krieg und Gewalt« und an das »Niemals vergessen«.

Ausführliche Berichte siehe www.nrw.vvn-bda.de April 2013.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

**Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43**